

Kooperation beauftragen. Doch der Minister hat beim Thema Pflege Tempo angekündigt – noch weit mehr als bei der Digitalisierung (siehe auch Seite 20).

FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG

Dass die qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung durch die demografische Entwicklung mindestens auf mittlere Sicht gefährdet ist, dürfte in der Gesundheitspolitik keine große Neuigkeit mehr sein. Deshalb wohl betonte Minister Spahn beim Frühjahrsfest von KZBV und BZÄK auch, dass diese hochwertige Versorgung keineswegs eine Selbstverständlichkeit sei. „Gute Versorgung geht immer nur mit den Ärzten und Zahnärzten zusammen“, stellte Spahn fest. „Denn Patienten spüren, wenn Sie unzufrieden sind.“ Dass sich der Ärztetag nun für telemedizinische Leistungen ausgesprochen hat, ist für ihn ein Baustein für die zukünftige Versorgung. Auch hier: Kein Ersatz, sondern Ergänzung. Die Schließung kleiner Krankenhäuser zugunsten spezialisierter Zentren kommt ihm ebenfalls entgegen. Doch beim Thema arztgruppengleicher MVZ, die sich entgegen den politischen Erwartungen und Wünschen nicht in der Fläche niederlassen, sondern in den Ballungsgebieten, in die sich Fremdinvestoren drängen und die junge Zahnärzte aus den ländlichen Gebieten saugen, hat er noch kein Rezept gefunden. In diesem Zusammenhang fällt vor allem ein Satz, den Spahn, der Ungeduldige, immer wieder sagt und der deutliches Bremszeichen ist: „Da müssen wir noch mal ganz genau hinschauen.“ (Siehe auch Seite 16)

KOMMISSION ZUR GEBÜHRENORDNUNG

Während viele andere Themen aus dem Pflichtenheft Koalitionsvertrag noch ein bisschen schleppen, hat sich der Gesundheitsminister noch eines weiteren, offenbar drängenden Themas angenommen: der Reform der Gebührenordnungen in der gesetzlichen wie der privaten Krankenversicherung. Per Erlass hat er – auch noch in der 100-Tage-Frist – eine wissenschaftliche Kommission für ein modernes Vergütungssystem, die sogenannte KOMV – eingerichtet. 13 Professorinnen und Professoren hat er dafür berufen, die sich Leitfragen zu den ärztlichen Vergütungssystemen widmen und bis Ende 2019 einen Bericht vorlegen sollen. Ob dieser dann veröffentlicht wird und wie die Ergebnisse in weitere Gesetzgebung einflie-

IN EIGENER SACHE

Keine Interviews aus dem BMG– Für das aktuelle Titelthema hatte die *DFZ*-Redaktion übrigens auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, und den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Karl Lauterbach, für ein kurzes Resümee zu 100 Tagen GroKo und den bisher von der Koalition umgesetzten und geplanten gesundheitspolitischen und insbesondere zahnärztlichen Themen angefragt. Leider ließen beide von Mitarbeitern ausrichten, dass sie sich zu den Fragen nicht äußern wollten. Wenigstens hierin scheint in der GroKo Einigkeit zu herrschen.

RED

ßen wird, ist offen. Über die Unabhängigkeit der Professorinnen und Professoren hat sich das BMG besondere Gedanken gemacht, denn es ihnen für die Zeit verboten, in der sie für die Kommission tätig sind, beratende Tätigkeiten für Organisationen und Selbstverwaltungsorgane auszuüben, die in der ambulanten medizinischen Versorgung tätig sind. Zahnärzte und deren Gebührenordnungen sind bei den Beratungen der Kommission bisher ausgenommen. Die Auswirkungen würden Zahnärzte jedoch dennoch zu spüren bekommen, denn etwa zehn Prozent der zahnärztlichen Leistungen werden nach ärztlichen Gebührensystemen abgerechnet.

100 TAGE WIE IM FLUG

Für Jens Spahn waren es also vollgepackte 100 Tage, zu denen er beim Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit im Juni selbst sagte, es komme ihm vor, als sei er schon viel länger im Amt. Wie lange er die Schlagzahl durchhalten kann, wird sich zeigen. Aber immerhin – so wird ihm nachgesagt – möchte sich Spahn ja für höhere Ämter empfehlen. Viele bleiben da nicht. Und in dieser Hinsicht hat „Mister Tempo“ einen durchaus langen Atem.

Hier steht eine Anzeige.